

## Manuskript

# Beitrag: Flucht aus Afghanistan – Europas Suche nach einer Strategie

**Sendung vom 17. August 2021**

von Anna Feist und Gunnar Krüger

### **Anmoderation:**

Jetzt werden Hunderttausende Frauen, Kinder, Männer aus Afghanistan flüchten, wenn sie denn noch können. Und was sagte der Kanzlerkandidat der Union dazu?

### **O-Ton Armin Laschet, CDU, Kanzlerkandidat:**

***Die Europäische Union muss sich darauf vorbereiten, dass es Flüchtlingsbewegungen Richtung Europa geben könnte. Wir müssen diesmal rechtzeitig in der Region, in den Herkunftsländern humanitäre Hilfe leisten, 2015 darf sich nicht wiederholen.***

Vorbereiten – „diesmal rechtzeitig“? Dabei hat sich die EU über sechs Jahre und bis heute nicht auf eine gemeinsame Asylpolitik geeinigt. Für „rechtzeitig“ ist es längst viel zu spät, wie unsere Reporterin Anna Feist zeigt.

### **Text:**

Lesbos - auf der griechischen Urlaubsinsel wird ein neues Flüchtlingslager gebaut: Kara Tepe, 4.300 Menschen auf einer Dauerbaustelle.

Manos Logothetis inspiziert den Fortschritt. Das griechische Migrationsministerium will vorbereitet sein - auf das, was in den nächsten Wochen droht:

### **O-Ton Manos Logothetis, Asylbeauftragter,**

### **Migrationsministerium Griechenland:**

***Afghanistan hat 38 Millionen Einwohner. Wenn nur zehn Prozent unterwegs sind, dann kommen 3,8 Millionen in unsere Richtung. Wenn nur zehn Prozent von denen über***

***Griechenland kommen, muss ich dem Druck standhalten können.***

Familien - untergebracht in Zelten am Strand, die Hitze im Sommer kaum erträglich. In den kommenden Monaten soll das Camp zum Vorzeigeprojekt der EU werden - mit beschleunigten Asylverfahren und schnellen Rückführungen.

Diesen Plan gibt es schon fünf Jahre. Im März 2016 schließen EU und Türkei ein Abkommen: Europa versprach Milliardenhilfen, im Gegenzug verpflichtete sich die Türkei Flüchtlinge abzuriegeln und alle zurückzunehmen, die aus Sicht der Behörden nicht schutzbedürftig sind.

Fest steht: Seitdem wurden gerade einmal 2.000 Flüchtlinge von Griechenland in die Türkei zurückgeschickt.

***O-Ton Manos Logothetis, Asylbeauftragter, Migrationsministerium Griechenland:  
Das Abkommen zeigte Wirkung, von einer Million Menschen ging es runter auf jährlich 100.000 Neuankünfte. Aber diese 100.000 Neuankünfte bleiben in Griechenland. Wir tragen diese Bürde.***

Der Grüne-Europaabgeordnete Erik Marquardt will sich ein Bild über die Lebensbedingungen im Camp machen. Vor anderthalb Jahren kam diese syrische Familie nach Lesbos, doch ihre Chance auf Asyl in Europa ist gering.

***O-Ton geflüchteter Syrer:  
In der Befragung ging es kein einziges Mal um Syrien, sie haben immer nur nach der Türkei gefragt.***

Obwohl die Familie aus Syrien, aus einem Bürgerkriegsland kommt, gilt die Türkei in ihrem Asylverfahren als sicheres Herkunftsland. Eine Ablehnung ist wahrscheinlich.

***O-Ton Erik Marquardt, Bündnis 90/Die Grünen, MdEP:  
Die Frage, wie es einem in Syrien erging, spielt in dem Verfahren überhaupt keine Rolle mehr. Das soll ja nun auch mit Menschen aus Afghanistan so gemacht werden. Es scheint mir aber so, als wenn das eigentlich der Wunsch ist, man möchte, dass die Menschen nicht da sind. Aber sie verschwinden ja nicht einfach.***

Die Familie hofft weiter, dass Europa ihnen Asyl gewährt. Doch Europa streitet, wie eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen aussehen soll. Seit 2015 wirbt die deutsche

Bundeskanzlerin dafür, dass jedes EU-Land Flüchtlinge aufnimmt:

***O-Ton Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin, am 7.9.2015:  
Wir brauchen hier auch eine Kraftanstrengung der Europäischen Union. Nur mit gemeinsamer europäischer Solidarität werden wir diesen Kraftakt meistern. Und wir sind ein Europa der Werte.***

Fünf Jahre später, an der litauischen Grenze zu Belarus. 2020 wurden hier 81 Flüchtlinge registriert, in diesem Jahr sind es mehr als 4.000, statt solidarischer Verteilung - Abschottung.

***O-Ton Ylva Johansson, EU-Innenkommissarin:  
Wir als Europäische Union stehen an der Seite von Litauen, um unsere gemeinsame Außengrenze zu beschützen.***

Die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson soll Lösungen präsentieren: wie umgehen, wenn Menschen an Europas Grenzen Asyl begehren.

***O-Ton Ylva Johansson, EU-Innenkommissarin:  
Natürlich müssen wir solidarisch sein mit Menschen, die angewiesen sind auf internationalen Schutz. Wir haben mit 140.000 Menschen aber viel weniger Neuankünfte, und die Mehrheit von ihnen sind keine Flüchtlinge. Es sind Menschen, die eine bessere Zukunft wollen und dafür ihr Leben riskieren – dafür brauchen wir wirklich einen anderen Ansatz.***

Innenministerkonferenz in Slowenien, im Juli. Johansson präsentiert, was sie für eine solidarische Flüchtlingspolitik hält. Für abgelehnte Migranten schlägt sie sogenannte Abschiebepatenschaften vor: Mitgliedsstaaten, die keine Menschen aufnehmen wollen, sollen die Abschiebung derer organisieren, die kein Asyl in Europa erhalten.

***O-Ton Ylva Johansson, EU-Innenkommissarin:  
Wenn zum Beispiel Ungarn die Abschiebung eines Afghanen, der in Deutschland lebt, übernimmt, dann wird dieser Afghane aus Deutschland von Ungarn organisiert nach Afghanistan zurückgeführt. Wenn die Ungarn das nicht in die Wege leiten, muss Ungarn die Person aufnehmen.***

***O-Ton frontal:  
Und was, wenn Ungarn das auch nicht macht, gibt es irgendeine Bestrafung?***

***O-Ton Ylva Johansson, EU-Innenkommissarin:***

***Ich halte wenig davon, für eine Person zu zahlen, statt die Verantwortung für einen Menschen zu übernehmen.***

Ob solche sogenannten Patenschaften realistisch sind – mehr als fraglich.

In diesen Tagen fliehen Hunderttausende Menschen aus Afghanistan. Die Grenze zu Pakistan: Europäische Politiker fürchten eine neue Flüchtlingskrise. Staaten wie Polen, Ungarn und die Slowakei haben in der Vergangenheit klar gemacht, sie werden keine Flüchtlinge aufnehmen. Und auch die Bundeskanzlerin betont am Montagabend:

***O-Ton Angela Merkel, Bundeskanzlerin am 16.8.2021:  
Dann müssen wir schauen, dass sie eine sichere Bleibe in der Umgebung von Afghanistan haben und hier nicht den Fehler wiederholen, den wir früher gemacht haben (...) und dass Menschen sich dann auf den Weg gemacht haben - aus Jordanien, aus Libanon, aus Syrien - direkt nach Europa zu kommen, sondern, dass wir hier heute schneller sind und auch schnell den Nachbarstaaten Hilfe anbieten.***

Wie viel Hilfe Europa angesichts der Kapitulation in Afghanistan leisten wird, ist offen. Fest steht: Deutschlands Nachbarn setzen auf eine Politik der Abschottung.

***O-Ton Mattias Tesfaye, Migrationsminister Dänemark:  
Wir versuchen ein neues Asylsystem zu etablieren, wo die Menschen nicht erst nach Dänemark kommen müssen, sondern ihre Asylanträge außerhalb der Europäischen Union stellen. Wenn sie Schutz brauchen, bekommen sie ihn außerhalb Europas.***

Der Ansatz ist nicht neu: In den vergangenen Jahren zogen Zigttausende durch die Wüste Richtung Mittelmeer. Deutschland und Europa schlossen Abkommen mit afrikanischen Staaten. Das Ziel: die Fluchtrouten kappen. Doch die Migration geht bis heute weiter.

Die Idee des dänischen Migrationsministers: In Ländern wie Tunesien oder Ägypten sollen Asylzentren unter europäischer Kontrolle entstehen. Dort soll entschieden werden, wer Asyl in Europa bekommt und wer nicht. Auch das ist nicht neu - dafür umstritten, ob das mit europäischen Werten vereinbar ist.

***O-Ton Mattias Tesfaye, Migrationsminister Dänemark:  
Wir entziehen uns auf dänischer Seite nicht unserer Verantwortung. Wir sind nicht dagegen, dass Flüchtlinge nach***

***Dänemark kommen, aber es soll geordnet, reguliert und über die Vereinten Nationen erfolgen und nicht durch Menschenschmuggler.***

Zurück auf Lesbos, der griechischen Urlaubsinsel. Noch einmal unterwegs mit dem Grünen-Europaabgeordneten Erik Marquardt – es türmen sich die Überbleibsel der Flüchtlingskrise von 2015.

***O-Ton Erik Marquardt, Bündnis 90/Die Grünen, MdEP:  
Ich glaube, es ist einfach eine Illusion, dass wir sagen, europäische Asylpolitik kann man auslagern an andere Staaten, dass wir eigentlich gar keine Solidarität in Europa mehr brauchen. Für mich ist das Symbol des Scheiterns, dass man die ganze Zeit versucht, Verantwortung wegzuschieben.***

Im Sommer 2021 haben Europas Politiker Angst vor der nächsten Flüchtlingskrise - und keine Antwort auf die Frage: Was tun, wenn wieder Zigtausende in Boote steigen.

**Zur Beachtung:** Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.